

Die Tagung der Gewerkvereine.

Nachdem die von den Rednern der Vormittagsverhandlungen vorgeschlagenen Entschlüsse noch einstimmig angenommen worden waren, sprach in der gestrigen Nachmittagsitzung Gleichauf-Berlin über die Stellungnahme zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Seine Ausführungen über Arbeitsrecht gipfelten in folgender, von ihm beantragter Entschliessung:

Neben allen anderen Bevölkerungsschichten hat auch die deutsche Arbeiterschaft in der Kriegszeit ihre Vaterlandstreue in vollstem Maße erwiesen. Die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen haben wesentlich zu den Erfolgen des Heeres und zum wirkungsvollen Durchhalten im Innern des Reiches beigetragen und sich auch an der allgemeinen Opferwilligkeit nach besten Kräften beteiligt. Aber nicht nur aus diesen Gründen, sondern insbesondere auch weil die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft eine Forderung der Gerechtigkeit und eine unbedingte Notwendigkeit ist, wiederholt der Verbandstag die mehrfach von den deutschen Gewerkvereinen aufgestellte Forderung auf Schaffung eines Reichsarbeitsrechts in Verbindung mit genügenden Rechtsgarantien für die Staatsarbeiter, denen für den Verzicht auf das Streikrecht andere Möglichkeiten zur Geltendmachung ihrer Wünsche und Beschwerden gegeben werden müssen." Nach kurzer Erörterung wurde diese Entschliessung angenommen.

Dann beschäftigte sich der Verbandstag auch mit der Ernährungsfrage. Hierzu beauftragte Gleichauf-Berlin eine längere Erklärung folgenden Inhalts: Der Verbandstag erkennt rückhaltlos an, daß durch die lange Dauer des Krieges und die englischen Absperrungsmaßnahmen eine Knappheit an Lebensmitteln eingetreten ist, die alle Glieder der deutschen Bevölkerung zwingt, sich Einschränkungen verschiedener Art aufzuerlegen und die Verwendung der vorhandenen Lebensmittel sparsam und hausälterisch zu gestalten. Das ist notwendig, um ein Durchhalten auch im Innern des Deutschen Reiches zu ermöglichen. Da aber nach den Versicherungen von Regierungsvertretern ein wirklicher Mangel an Lebensmitteln nicht besteht, aber nachgewiesen ist, daß bisher eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel an alle Volksteile und alle Landesteile nicht in genügender Weise erfolgt ist, richtet der Verbandstag an das Kriegsernährungsamt das folgende Ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel durch Aufhebung der Grenzsperrn verschiedener Bundesstaaten und Kreise, durch Beschlagnahme größerer Vorräte an einer oder mehreren Stellen, durch zweckentsprechende Zuführung dieser Vorräte an die Verbraucher ermöglicht wird; 2. dem Lebensmittelwucher in jeder Form und an jeder Stelle mit aller Entschiedenheit zuleibe gegangen wird und daß die Bestrafung des Lebensmittelwuchers in der Weise erfolgt, daß sie vor einer Wiederholung schützt; 3. die Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur unter Wahrung der Produzenten-Interessen, sondern insbesondere unter Berücksichtigung einer ausreichenden Ernährungsmöglichkeit der Verbraucher erfolgt; 4. einer ungewöhnlichen Verteuerung aller nicht unter Höchstpreisen stehenden Artikel durch den sogenannten Kettenhandel begegnet wird, und 5. eine wirksame Förderung der Produktion von Lebensmitteln ermöglicht wird."

Oberbürgermeister Dr. Dehne-Blauen, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, bemerkte, daß er mit der vom Verband eingebrachten Entschliessung vollkommen übereinstimme. Es sei aber ungemein schwer, eine Bevölkerung von mehr als 60 Millionen mit ungenügenden Lebensmitteln zu ernähren. Trotzdem könne er glücklicherweise versichern, daß wohl eine Knappheit, nicht aber Mangel an Nahrungsmitteln bestehe. Die Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Kriegsernährungsamtes dürften nicht zu hoch gespannt werden. Jedenfalls werde das Amt alles tun, um dem Notstande zu steuern. Es sei aber erforderlich, daß nicht nur die Interessen der Verbraucher, sondern auch die der Produzenten gewahrt würden. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen könne man nicht unbeachtet lassen, daß die Produktionskosten, auch in der Landwirtschaft, gestiegen seien. Mit der Brotkarte habe man gute Erfolge erzielt; es empfehle sich daher, dieses Verfahren auf die übrigen Lebensmittel auszuweiten. Wenn außerdem eine gleichmäßige Verteilung stattfinde, so werde es zweifellos gelingen, wenn auch nicht alle, so doch die größten Mißstände zu beseitigen. Unsere Feinde haben längst eingesehen, daß sie uns militärisch nicht bezwingen können, und sie werden es auch nicht fertig bekommen, uns durch Hunger zu bezwingen. (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Erörterung wurde die Gleichaufsche Entschliessung zur Lebensmittelfrage einstimmig angenommen, worauf die Verhandlung auf heute vertagt wurde.